WP-01-K1-915-2

In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in:	Arne Ludorff (KV Berlin-Kreisfrei)
Status:	Zurückgezogen

Änderungsantrag zu WP-01-K1

Von Zeile 914 bis 916:
Verkehrssicherheit insbesondere von Schulwegen zu erhöhen, wollen wir Stadtumbau stärker fördern und veraltete Regelwerke erneuern. ~~Unser Leitbild dabei ist die~~Die Vision Zero, also eine ~~komplette~~vollständige Vermeidung von Verkehrstoten und Schwerverletzten, wollen wir gesetzlich festschreiben. Leben und körperliche Unversehrtheit sind unveräußerliche Grundrechte, auch im Straßenverkehr. Die Verkehrssicherheit, insb. der Schwächeren und Verletzlichsten, also von Kindern und Senior:innen, zu Fuß und auf dem Rad, wollen wir deutlich erhöhen.

Begründung

Die Vision Zero ist zentral für eine zeitgemäße, sichere Verkehrspolitik. Trotz ihrer Bedeutung in der Verkehrsplanung bleiben die Zahlen an Verkehrstoten und Verletzten erschreckend hoch. Deshalb sollte die Vision Zero als verbindliche Vorgabe gesetzlich verankert werden. Leben und körperliche Unversehrtheit sind unveräußerliche Grundrechte, die leicht unter die Räder kommen.

Die Vision Zero ist nicht nur ein technokratisches Ziel, sondern Ausdruck unserer Grünen Werte: Sie fördert den Schutz der Schwächeren, insbesondere von Fußgänger:innen, Radfahrer:innen und Kindern. Gerade im Hinblick auf die zunehmende Motorisierung und die damit verbundenen Gefahren ist der Schutz der vulnerabelsten Verkehrsteilnehmer:innen eine gesellschaftliche Verantwortung.

Diese Forderung entspricht nicht nur dem breiten Konsens von Verkehrsverbänden und zivilgesellschaftlichen Akteuren, sondern auch dem internationalen Erfolg von Ländern, die durch die konsequente Umsetzung der Vision Zero signifikante Erfolge bei der Reduktion von Verkehrstoten erzielt haben.

Für uns Grüne bedeutet die gesetzliche Verankerung der Vision Zero eine konsequente Ausrichtung der Verkehrspolitik auf Verkehrssicherheit und nachhaltige Mobilität. Sie bietet die Grundlage für eine Verkehrsinfrastruktur, die sicher, gerecht und zukunftsfähig für alle Verkehrsteilnehmer:innen ist.

weitere Antragsteller*innen

Evan Vosberg (KV Berlin-Lichtenberg); Thuy Chinh Duong (KV Berlin-Mitte); Dominic Brauner (KV Münster); Florian Imbt (KV Braunschweig); Claudia Thiele (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Stefan Lehmkühler (KV Berlin-Mitte); Monika Zimmermann (KV Freiburg); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/

Schöneberg); Christopher Schriner (KV Berlin-Mitte); Birger Dölling (KV Berlin-Mitte); Tobias Jahn (KV Berlin-Mitte); Vivien Bohm (KV Berlin-Mitte); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/ Kreuzberg); Holger Bertling (KV Leipzig); Philipp Berens (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Stefan Dressel (KV Leipzig); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Liliane Viola Pollmann (KV Wuppertal); Brigitte Kallmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); sowie 61 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.